

Vom Bürgergeld zum Grundsicherungsgeld: Sind die Neuerungen fair?

Hartz IV, Bürgergeld oder Grundsicherungsgeld: Die Unterstützungsleistung des Sozialstaats wechselt gerne die Bezeichnung. Bereits 2026 soll die neue Grundsicherung greifen und eine politische Neuausrichtung unterstreichen: Man will deutlich machen, dass es sich um eine zeitlich begrenzte Hilfe handelt, die eng an die aktive Arbeitssuche und Mitwirkungspflichten der Betroffenen geknüpft ist, während die Bezeichnung „Bürgergeld“ eher an ein bedingungsloses Grundeinkommen erinnere. Das meint zumindest die aktuelle Bundesregierung.

Doch wie gut kann man mit stabil gehaltenen Regelsätzen leben? Welche Anreize bietet das Grundsicherungsgeld, nachdem der Fokus stärker auf einer schnellen Arbeitsaufnahme statt auf langfristigen Weiterbildungen liegt? Wie viel Druck darf der Sozialstaat ausüben, um die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu schützen? Oder handelt es sich bei der neuen Grundsicherung letztlich um eine Rückkehr zu alten Prinzipien – lediglich unter einem neuen Namen?

In dieser Unterrichtseinheit setzen sich die Schülerinnen und Schüler mithilfe aktueller Statistiken mit Fakten und Fragen zum Grundsicherungsgeld auseinander. Sie diskutieren, ob die Leistungen für ein menschenwürdiges Leben ausreichen, und reflektieren unterschiedliche Perspektiven. In einer Talkshow erörtern sie, ob die Neuerungen eine notwendige Korrektur darstellen oder mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen.

Überblick

Themenbereich	Soziale Marktwirtschaft
Klassenstufe	Klasse 9/10
Vorwissen	Sozialstaatsprinzip, Inflation
Zeitbedarf	2 Unterrichtsstunden
Methode	Talkshow, Positionslinie
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler ... ◆ diskutieren über die Höhe und Angemessenheit der Grundsicherung. ◆ erarbeiten unterschiedliche Positionen zum Grundsicherungsgeld und führen ein Rollenspiel durch. ◆ bewerten das Grundsicherungsgeld.
Schlagworte	Bürgergeld, Grundsicherungsgeld, Hartz IV
Autoren	Timo Schuh und Anke Söller, bearbeitet und erweitert von Janosch Schierke
Redaktion	Institut für Ökonomische Bildung (IÖB), 2026
Produktion	Bernd Schmitt – bsmediengestaltung, 2026

Vom Bürgergeld zum Grundsicherungsgeld – Die Neuausrichtung der staatlichen Grundsicherung

Mit der Ablösung des Bürgergeldes durch das ab Juli 2026 stufenweise eingeführte Grundsicherungsgeld vollzieht die Bundesregierung einen deutlichen Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Reform markiert das Ende einer kurzen Phase, in der Vertrauen, Qualifizierung und soziale Absicherung stärker betont wurden, und kehrt zu einem aktivierenden Sozialstaatsverständnis zurück. Fachwissenschaftlich stellt sich damit weniger die Frage nach einer inhaltlichen Innovation als vielmehr danach, ob es sich um eine sinnvolle Reform oder um eine Restauration früherer Grundsicherungslogiken handelt.

Im diskursiven Kontext knüpft das Grundsicherungsgeld deutlich an die „Agenda 2010“-Logik an. Kritiker sprechen von „altem Wein in neuen Schläuchen“, da zentrale Steuerungsinstrumente wie Sanktionen, Vermittlungsvorrang und strengere Bedürftigkeitsprüfungen reaktiviert werden. Diese Neuausrichtung wird auch als Reaktion auf gesellschaftliche Debatten über vermeintliche Fehlanreize des Bürgergeldes interpretiert, die im politischen Diskurs mit dem Narrativ der „sozialen Hängematte“ verknüpft wurden. Die Gegenseite argumentiert, das Bürgergeld habe angesichts des Fachkräftemangels und niedriger Löhne im unteren Einkommenssegment die Lohnabstandsquote ausgehöhlt und damit negative Effekte auf das Arbeitsangebot erzeugt. Das Grundsicherungsgeld soll diese Anreizstruktur korrigieren und die Arbeitsmotivation stärken.

Ökonomisch verfolgt die Reform primär **zwei Ziele: die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und eine Entlastung des Bundeshaushalts**. Durch ein verschärftes Sanktionsregime, abgesenkte Schonvermögensgrenzen und verkürzte Karenzzeiten wird mit Einsparungen von rund 850 Mio. Euro gerechnet. Diese ergeben sich weniger aus direkten Regelsatzkürzungen als aus dem intendierten Abschreckungseffekt, der die Verweildauer im Leistungsbezug verkürzen soll. Ein zentraler Hebel ist zudem die frühere Begrenzung der Kosten der Unterkunft. Während das Bürgergeld eine zwölfmonatige Karenzzeit vorsah, greift nun bereits im ersten Jahr eine Angemessenheitsprüfung. Dies soll kommunale Haushalte entlasten, verschärft jedoch insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten den Anpassungsdruck auf Leistungsbeziehende.

Fachwissenschaftlich umstritten sind vor allem **die sozialen Risiken dieser Neuausrichtung**. Die schnellere und weiterreichende Kürzung von Leistungen birgt ein **erhebliches Armutsrisiko**, da Regelsatzminderungen von bis zu 30 Prozent – oder im Extremfall der vollständige Wegfall einschließlich der Unterkunftskosten – das soziokulturelle Existenzminimum unterschreiten können. Dies steht in einem Spannungsverhältnis zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das Sanktionen nur unter engen Voraussetzungen für zulässig erklärt hat. Besonders problematisch ist die Möglichkeit, Wohnkosten in letzter Konsequenz vollständig zu streichen, da hierdurch ein Anstieg von Mietschulden, Zwangsräumungen und Wohnungslosigkeit droht. Betroffen sind insbesondere junge Erwachsene unter 30 Jahren, die durch strengere Zuweisungen und Vermittlungspflichten häufiger in instabile Lebenslagen geraten.

Darüber hinaus erzeugt die **Absenkung der Schonvermögensgrenzen** Verdrängungseffekte. Vor allem ältere Arbeitsuchende sehen sich mit einer Entwertung ihrer Lebensleistung konfrontiert, was langfristig die Akzeptanz des Sozialstaates auch über das Prekariat hinaus untergraben kann. Empirische Erfahrungen aus früheren SGB-II-Regimen zeigen zudem, dass harte Sanktionen zwar kurzfristig den Leistungsbezug senken, langfristig jedoch häufig zu instabiler Beschäftigung, Drehtüreffekten und verdeckter Armut führen.

Strukturell verlagert das Grundsicherungsgeld den Fokus klar auf das Prinzip „Fordern“. Der **Vermittlungsvorrang** gewinnt an Bedeutung, indem Qualifizierung gegenüber der schnellen Arbeitsaufnahme in den Hintergrund tritt. An die Stelle eines kooperativen Befähigungsansatzes tritt erneut die Logik „Any Job First“. Erwerbsarbeit wird nicht nur ökonomisch, sondern auch normativ als moralische Pflicht gesetzt, während soziale Risiken stärker individualisiert werden.

Aus fachwissenschaftlicher Perspektive ist das Grundsicherungsgeld daher weniger als nachhaltige Modernisierung denn als normative Neujustierung des Sozialstaates zu bewerten. Ob die Reform tatsächlich zu einer dauerhaften Integration in den Arbeitsmarkt führt oder einen Anstieg verdeckter

Armut bewirkt, bleibt die zentrale sozioökonomische Streitfrage. Sicher ist jedoch, dass die Reform die Erwerbsarbeit erneut absolut ins Zentrum staatlicher Grundsicherung rückt – mit potenziell hohen sozialen Folgekosten vor allem für Kinder der Bezieherinnen und Bezieher einer Grundsicherung.

Weiterführende Literatur:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.): Fragen und Antworten zur Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende – Veränderung „Bürgergeld“ zu „Grundsicherungsgeld“, Online-FAQ, Stand 2026.

Zu finden unter: <https://grundsicherungsgeld.de>

Fratzscher, Marcel (2025): Der Irrweg der Grundsicherung. DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V., 20. 10.2026. Online-Kommentar zur geplanten Reform des Bürgergelds/ Grundsicherung.

Zu finden unter: https://www.diw.de/de/diw_01.c.982983.de/nachrichten/der_irrweg_der_grundsicherung.html

Deutscher Bundestag (15.01.2026): Kontroverse über Umgestaltung des Bürgergelds zu neuer Grundsicherung – Genese und Positionen der Parteien.

Zu finden unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw03-de-grundsicherung-1134298>

Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
1. Unterrichtsstunde: Die Grundsicherung in Deutschland				
5'	Einstieg / Impuls	Gedankenspiel zur Mindestversorgung, ohne eigene soziale Position zu kennen.	M1 Der Schleier des Nicht-Wissens – ein Gedankenspiel	Einzelarbeit Plenum Perspektive wechseln lassen, Visualisierung nutzen, kurz innehalten.
10'	Erarbeitung I	Die SuS lernen das Grundsicherungsgeld kennen, überlegen, wie viel Geld sie für ein menschenwürdiges Leben am Existenzminimum benötigen würden und tauschen sich anschließend hierzu aus.	M2 Grundsicherungsgeld – die staatliche Grundsicherung Arbeitsblatt: Was, wenn es dich trifft? – Dein Budget für ein würdevolles Leben	Einzel- und Gruppenarbeit Hier kann auch nach der Methode Think-Pair-Share vorgegangen werden.
5'	Erarbeitung II	Die SuS vergleichen die Sätze, die das Bürgergeld jeweils veranschlagt, mit ihren eigenen Vorstellungen.	Arbeitsblatt: Was, wenn es dich trifft? – Dein Budget für ein würdevolles Leben	Einzelarbeit Die Lehrkraft präsentiert die tatsächlichen Sätze des Bürgergeldes zum Vergleich.
5'	Vertiefung I	Die SuS beurteilen, ob das Bürgergeld eine Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht.	Digitale Umfrage: Positionslinie	Einzelarbeit Methode: Positionslinie
15'	Vertiefung II	Die SuS analysieren die interaktive Statistik zur Entwicklung von Regelsätzen und ihrer Verteilung.	M3 Wie haben sich Preise, Regelbedarf und Mindestlohn entwickelt? Interaktive Statistik: Grundsicherung	Partnerarbeit Diskussion im Plenum
5'	Sicherung	Die SuS präsentieren ihre Erkenntnisse und Ergebnisse im Plenum.		Plenum Die Lehrkraft hält wesentliche Aussagen und Zusammenhänge zur Grundsicherung an der Tafel fest.

Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
2. Unterrichtsstunde: Ist die neue Grundsicherung eine sinnvolle Reform?				
5'	Einstieg II	Die SuS arbeiten anhand von Schlagzeilen zur Reform des Bürgergeldes heraus, welche Konflikte es diesbezüglich gibt.	M4 Schlagzeilen zum Grundsicherungsgeld	Einzelarbeit, Plenum Die Lehrkraft vergewissert sich, dass die politischen und historischen Hintergründe zur Grundsicherung hinreichend von allen SuS verstanden wurden.
25'	Erarbeitung II und Sicherung	Die SuS setzen sich mit den Inhalten der Reform auseinander und erarbeiten für eine Talkshow ihre jeweiligen Positionen zum Grundsicherungsgeld mithilfe der Rollenkarten. Ausgewählte SuS führen die Talkshow durch.	M5 Was sich durch die neue Grundsicherung ändert M6 Ist das Grundsicherungsgeld eine faire Reform oder vertane Chance?	Einzel- und Gruppenarbeit Die Lehrkraft stellt sicher, dass die Rollen und die dazugehörigen Perspektiven verstanden wurden.
15'	Urteil	Die SuS bewerten das Grundsicherungsgeld anhand ausgewählter Kriterien und diskutieren ihre Position im Plenum.	Digitale Methode: Spinnennetz	Einzelarbeit Methode: Spinnennetz Diskussion im Plenum
	Optionale Hausaufgabe	Die SuS recherchieren nachbereitend Abbildungen mit Bezug zur Bürgergeldreform und reflektieren diese nach der dargebotenen Vorgehensweise.	M7 Reflexive Bildanalyse	Die Lehrkraft fungiert in der Nachlese des Unterrichtsbeitrags ausschließlich als Lernbegleitung und stellt ggf. Rückfragen.

Bedeutung der Symbole



Dieses Symbol findest du auf den Arbeitsblättern. Die dort gestellten Aufgaben kannst du direkt auf dem Arbeitsblatt lösen.



Der Schlüssel zeigt dir an, dass es für diese Aufgabe eine Hilfestellung gibt. Wende dich bei Bedarf an deine Lehrkraft.



Der Stern weist dich darauf hin, dass diese Aufgabe etwas schwieriger ist oder eine Zusatzaufgabe darstellt.



Der Wegweiser gibt an, dass du hier zwischen unterschiedlichen Arbeitsblättern, Aufgaben oder auch Sozialformen (Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit) wählen kannst. Deine Wahl kannst du ganz nach deinem Interesse bzw. Leistungsstand treffen.



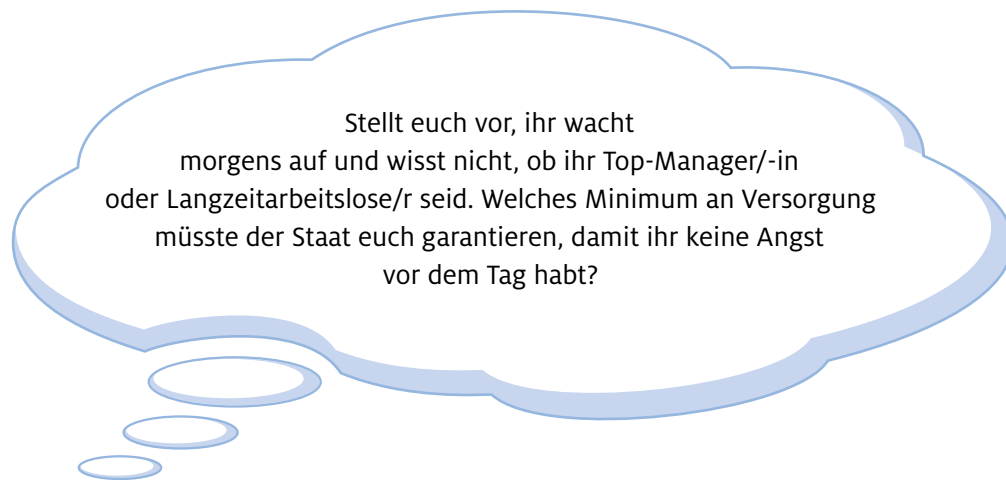
Diese Symbole zeigen dir an, dass du die Aufgabe zusammen mit einem oder mehreren Mitschülerinnen bzw. Mitschülern bearbeiten sollst. Dabei könnt ihr euch untereinander austauschen und so als Team an einer gemeinsamen Lösung arbeiten.



Das Ausrufezeichen weist dich auf eine wichtige Information oder einen Merksatz hin.

M1

Der Schleier des Nicht-Wissens – ein Gedankenspiel



Aufgabe

1

Führt das Gedankenspiel durch und legt gemeinsam fest, welches Mindestmaß an staatlicher Versorgung garantiert sein sollte.

M2

Grundsicherungsgeld – die staatliche Grundsicherung

Wer in Deutschland erwerbsfähig und bedürftig ist – etwa durch Arbeitsplatzverlust oder wenn⁵ Transferleistungen wie das Arbeitslosengeld nicht ausreichen –, soll ab 1.07.2026 die neue Grundsicherung bzw. das Grundsicherungsgeld erhalten. Diese Leistung tritt an die Stelle des 2023 eingeführten Bürgergelds. Mit der Namensänderung und verschärften Regeln sollen die Verbindlichkeit der Arbeitsaufnahme und die Eigenverantwortung wieder stärker in den Blick genommen werden.

¹⁰ Die staatliche Grundsicherung hat laut Bundesverfassungsgericht weiterhin den Anspruch, den Empfängerinnen und Empfängern ein menschenwürdiges Leben am Existenzminimum zu sichern. Damit bezieht sich das Gericht auf Artikel 1 Abs. 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) sowie das Sozialstaatsprinzip in Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes. Anspruch auf das Grundsicherungsgeld besteht jedoch nur dann, wenn alle Möglichkeiten der eigenen¹⁵ Bedarfsdeckung ausgeschöpft werden und eine aktive Mitwirkung an der Beendigung der Hilfebedürftigkeit erfolgt.

Empfängerinnen und Empfängern muss neben der physischen Existenz (z. B. Nahrung, Kleidung, Hausrat) auch die soziokulturelle Existenz, d. h. die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (z. B. Kino- oder Konzertbesuche) ermöglicht werden. Diese Vorgaben muss der Gesetzgeber bei der²⁰ Bestimmung der Regelsätze berücksichtigen. Hochgradig umstritten bleibt aber die Ausgestaltung: Während das Gericht ein menschenwürdiges Existenzminimum garantiert, wird politisch darüber diskutiert, wie hoch der Abstand zu geringen Arbeitseinkommen sein muss und welche Mitwirkungspflichten zumutbar sind, um diesen staatlichen Anspruch aufrechtzuerhalten.



Was, wenn es dich trifft? – Dein Budget für ein würdevolles Leben

	Wie viel Geld benötigt man deiner Meinung nach für ein menschenwürdiges Leben am Existenzminimum?	Grundsicherungsgeld
Nahrung, Getränke, Tabakwaren		
Freizeit, Unterhaltung, Kultur		
Post und Kommunikation		
Bekleidung, Schuhe		
Wohnen, Energie, Wohninstandhaltung*		
Verkehr (z. B. Bus und Bahn)		
Andere Waren und Dienstleistungen		
Gesundheitspflege		
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen		
Bildung		
Gesamt		

*Strom ist inklusive: Die Kosten für die Miete und die Heizung werden zwar vom Amt übernommen, aber der Haushaltsstrom muss von den 47,71 EUR (Bereich Wohnen/Energie) bezahlt werden. Viele Haushalte müssen hier jedoch deutlich mehr ausgeben, was das Geld für z. B. Nahrung verringert.



Digitale Umfrage: Positionslinie

Wie positionierst du dich zu der angezeigten Fragestellung: Stimmst du zu, lehnt du ab oder liegt deine Meinung irgendwo dazwischen? Nutze dein mobiles Endgerät, um dich zu positionieren und sende deine Eingabe ab. Das Klassenergebnis wird anschließend an der Leinwand angezeigt.

Aufgaben

2

Überlege dir in Einzelarbeit, wie viel Geld deiner Meinung nach für ein „würdevolles Leben am Existenzminimum“ benötigt wird.

a) Trage deine Vorstellungen in die Tabelle ein.



b) Vergleiche deine Ergebnisse mit denen deiner Sitznachbarin oder deines Sitznachbars. Wo habt ihr die größten Abweichungen? Woran liegt das?

c) Trage die Regelsätze ein, die das Grundsicherungsgeld jeweils für die oben dargestellten Kategorien veranschlagt. Deine Lehrkraft teilt dir diese mit.

d) Vergleiche deine Ergebnisse mit den Regelsätzen und beziehe dazu Stellung.

3

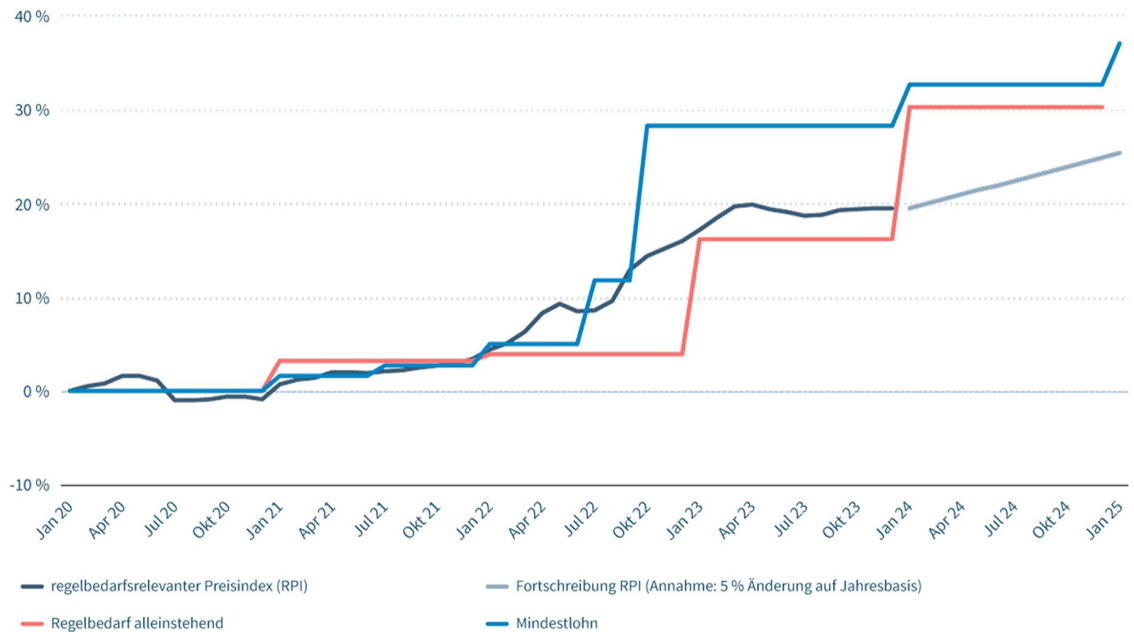
Beurteile mithilfe der digitalen Positionslinie, ob mit dem Grundsicherungsgeld eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft möglich ist. Begründe deine Position im digitalen Tool.

M3

Wie haben sich Preise, Regelbedarf und Mindestlohn entwickelt?

Bürgergeld und Preise gestiegen

Kumulierte Veränderung von Preisen, Regelbedarf alleinstehend und Mindestlohn, Januar 2020 bis Januar 2025



Quelle: IW, 2026

Regelbedarf: Bedarf für den Lebensunterhalt, der über den Regelsatz (monatlicher Pauschalbetrag) abgedeckt wird.



Regelbedarfsrelevanter Preisindex

Der Verbraucherpreisindex (VPI) beschreibt die Preisentwicklung eines allgemeinen Warenkorbes. Inflation bedeutet, dass der VPI steigt und die Preise damit insgesamt steigen. Für den Regelbedarf Alleinstehender ist ein spezieller Warenkorb definiert. Dessen Preisentwicklung beschreibt der regelbedarfsrelevante Preisindex (RPI). Wenn der RPI schneller wächst als das Grundsicherungsgeld bzw. das Bürgergeld, dann sinkt die Kaufkraft des Regelsatzes.



Interaktive Statistik: Grundsicherung

Wie haben sich die Ausgaben des Bundes für die Grundsicherung seit 2014 entwickelt? Wie hoch ist ihr Anteil am gesamten Bundeshaushalt und wer sind die Leistungsempfängerinnen und -empfänger? Mithilfe der interaktiven Statistik lassen sich diese Fragen einfach beantworten.

Aufgabe

4

Arbeite mit einer Mitschülerin bzw. einem Mitschüler zusammen. Schaut euch die interaktive Statistik und M3 genau an.



a) Analysiert die Statistik und fasst zusammen, wie sich die Grundsicherung (Stand 2025) nach Gruppen verteilt. Stellt dar, wie groß die relative und absolute finanzielle Gesamtbelastung für den Bundeshaushalt durch Ausgaben für Hartz IV/Bürgergeld ist. Überprüft anhand der Statistik die Aussage „Der Abstand zwischen Bürgergeld und Mindestlohn wird immer kleiner, sodass sich Arbeit bald nicht mehr lohnt“.



b) Erläutere anhand der Statistiken, welche Faktoren zum Anstieg des Bürgergeldanteils am gesamten Bundeshaushalt geführt haben.



c) Benenne die drei Herkunftsländer (außer Deutschland), aus denen die meisten Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld stammen und erkläre den Hintergrund, warum diese Menschen Bürgergeld beziehen.

d) Präsentiert die wesentlichen Erkenntnisse zur Grundsicherung anschließend im Plenum, stellt ggf. Fragen zu noch unklaren Zusammenhängen.

M4

Schlagzeilen zum Grundsicherungsgeld

Neue Grundsicherung beschlossen – Bürgergeld wird abgeschafft

Nach einem Beschluss des Bundeskabinetts soll es durch die „Neue Grundsicherung“ ersetzt werden. Die Reform zielt darauf ab, den Druck auf Leistungsbezieher zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen.

Bayerischer Rundfunk

Sozialverbände warnen vor Wohnungslosigkeit durch Bürgergeldreform

Wer Menschen die Wohnkosten streicht, bringt damit prekär* lebende Familien in Not, warnen Sozialverbände.

DIE ZEIT

* prekär = schwierig, unsicher

Nahles* sieht Vermittlungsvorrang bei Bürgergeld-Reform kritisch

Die Qualifizierung von Jobsuchenden sei wichtig, um nachhaltig in Arbeit zu vermitteln, sagt die Chefin der Bundesagentur für Arbeit: „Sonst stehen die Menschen nach drei Monaten wieder beim Jobcenter vor der Tür.“

Sonntagsblatt – 360° Evangelisch

* Andrea Nahles ist eine ehemalige deutsche Politikerin, die seit dem 1. August 2022 als Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit tätig ist.

Aufgabe

5

Erläutere anhand der Schlagzeilen (M4) das soziale Spannungsfeld der Reform mit eigenen Worten.

M5

Was sich durch die neue Grundsicherung ändert

Die Bürgergeldreform ist von der Bundesregierung am 17.12.2025 beschlossen worden. Ab dem 01. Juli 2026 soll es das Grundsicherungsgeld geben. Zu den Neuerungen zählen:

- ◆ Die Rückkehr zum Vermittlungsvorrang,
- ◆ neue Sanktionen bei Termin- und Pflichtverletzungen,
- ◆ der Deckel bei den Kosten für Unterkunft und Heizung sowie Miete und
- ◆ das Ende der bisherigen Vermögenskarenz.

Rund zwei Millionen Kinder und Jugendliche leben nach aktuellem Stand im Bürgergeld

Sie können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn ihre Eltern Jobangebote nicht annehmen oder Termine beim Jobcenter nicht wahrnehmen. Die Pläne der Bundesregierung, Sanktionen bis zur Streichung der Unterstützung zur Unterkunft möglich zu machen, sind eine Katastrophe für diese Kinder und Jugendlichen.

Kinder und Jugendliche haben ein gesondertes Schutzrecht. Sie sind als Teil von Bedarfsgemeinschaften von Sanktionen immer mitbetroffen, das muss ausgeschlossen werden. Ihnen bei Kürzung aller Bezüge die Existenzgrundlage bis hin zum Verlust der Wohnung zu nehmen, ist ethisch fragwürdig und dürfte wohl auch nicht verfassungskonform sein.

Quelle: Daniel Grein, Bundesgeschäftsführer des Kinderschutzbundes (9.10.2025)

Bürgergeld-Betrug: Ausländer im Fokus

In Deutschland hält sich der Mythos, dass Ausländer das Bürgergeld nur zum „Schmarotzen“ beziehen, hartnäckig – dabei stimmt das nicht. Fast die Hälfte der Empfänger hat keinen deutschen Pass, doch nur etwa vier Prozent der Leistungen insgesamt werden zu Unrecht bezogen. Ausländer erhalten Bürgergeld nur, wenn sie rechtliche Bedingungen wie Aufenthaltstitel oder Arbeitserlaubnis erfüllen. Viele beziehen das Geld, weil sie Schwierigkeiten haben, schnell Arbeit zu finden, etwa durch Sprachbarrieren oder lange Anerkennungsprozesse. Statistisch bekommen sie nicht öfter Sanktionen als Deutsche, weshalb der Mythos die wirklichen strukturellen Gründe für den Bezug verschleiern. Bürgergeld dient also vor allem dazu, Menschen zu unterstützen, die vorübergehend in Not geraten sind und den Einstieg in Arbeit und Gesellschaft erleichtern sollen.

In Anlehnung an: Schäfer, Max: Bürgergeld-Betrug: Ausländer im Fokus – Aufklärung zur „sozialen Hängematte“, Merkur.de, 19.06.2025.

Vermittlungsvorrang: Erst Arbeit, dann Qualifizierung

Erst soll geprüft werden, ob eine schnelle Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung möglich ist. Qualifizierung und Weiterbildung bleiben dennoch möglich. Es kann bedeuten, dass kurzfristige Jobs häufiger Vorrang bekommen – auch wenn eine Weiterbildung die Chancen auf stabile Beschäftigung langfristig erhöhen würde. Bei unter 30jährigen soll nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt weiter besonders im Blick bleiben. In der Praxis wird hier entscheidend sein, wie Jobcenter „Zumutbarkeit“ und „Vermittlungsnähe“ auslegen.

Schonvermögen – Altersstaffel statt Karenzzeit

Beim Bürgergeld gab es eine einjährige Karenzzeit (Sperrfrist), in der Vermögen bis zu 40.000 EUR für die erste Person und 15.000 EUR für jedes weitere Haushaltsmitglied geschützt waren. Diese Schonfrist wird abgeschafft, sodass Ersparnisse nun ab dem ersten Tag geprüft und angerechnet werden. Während junge Erwachsene oft nur noch einen Grundbetrag von 5.000 EUR behalten dürfen, steigt dieser Freibetrag für ältere Personen (über 50 Jahre) auf maximal 20.000 EUR an. Selbstgenutztes Wohneigentum bleibt zwar grundsätzlich geschützt, allerdings wird nun wesentlich früher und strenger geprüft, ob die Wohnungsgröße noch „angemessen“ ist.

Eltern: Zumutbarkeit ab dem 1. Geburtstag

Künftig soll die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder die Teilnahme an Maßnahmen in der Regel bereits ab Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes zumutbar sein – soweit Kinderbetreuung gesichert ist. Bislang war dieser Schutzraum deutlich größer. Die Idee dahinter ist, langfristigen Leistungsbezug zu vermeiden und wirtschaftliche Eigenständigkeit zu fördern.

Meldeversäumnisse: 30 Prozent ab dem zweiten Termin

Bei Pflichtverletzungen wie fehlenden Bewerbungen oder dem Abbruch von Maßnahmen soll es künftig eine einheitliche Sanktion geben: 30 Prozent Kürzung des Regelbedarfs für drei Monate. Bei Arbeitsverweigerung kann der Regelbedarf sogar vollständig gestrichen werden, mindestens für einen und höchstens für zwei Monate. Die Kosten für Miete und Heizung sollen in dieser Zeit weitergezahlt werden, allerdings direkt an den Vermieter, um Mietschulden zu vermeiden. Auch bei verpassten Meldeterminen werden die Regeln strenger. Nach dem zweiten Meldeversäumnis droht eine 30-prozentige Kürzung, beim dritten kann die Geldleistung ganz gestoppt werden.

Arbeitsverweigerung: Regelbedarf null für 1 bis 2 Monate

Der Regelbedarf kann vollständig entzogen werden – mindestens für einen Monat, maximal für zwei Monate. Neu ist, dass das schneller anwendbar sein soll. Die Bedarfe für Unterkunft und Heizung sollen in dieser Zeit grundsätzlich weiterlaufen, aber direkt an den Vermieter gezahlt werden. Dies verhindert zumindest, dass Mietrückstände automatisch entstehen.

Die Kosten für Miete und Heizung

Die Kosten für Miete und Heizung werden nur noch in einer verkürzten Karenzzeit (Sperrfrist) von 6 Monaten (ursprünglich 12 Monate) in tatsächlicher Höhe übernommen. Danach greift die strikte Deckelung auf die lokal angemessenen Durchschnittsmieten. Wenn die Wohnung zu groß oder die Miete zu hoch ist, gelten die Kosten sogar in dieser Übergangszeit als zu hoch. Betroffene müssen dann selbst gegen den Vermieter vorgehen, sonst riskieren sie, dass ein Teil der Miete nicht vom Amt bezahlt wird.

In Anlehnung an: <https://www.buergergeld.org/news/bundeskabinett-buergergeld-offiziell-grundsicherung/> (leicht verändert, zusammengefasst, gekürzt)

Schonvermögen: Vermögen, das nicht für den eigenen Lebensunterhalt eingesetzt werden muss und daher bei der Beziehung von Sozialhilfe nicht angetastet wird.

Vermögenskarenz: Sperrfrist, in der Vermögen geschützt sind.

M6

Ist das Grundsicherungsgeld eine faire Reform oder vertane Chance?

Rollenkarte: Moderatorin / Moderator

Du bist Moderatorin bzw. Moderator einer Talkshow zum Thema „**Grundsicherungsgeld – eine faire Reform oder vertane Chance?**“ Deine Aufgabe ist es, mit den Gästen über verschiedene Aspekte des Grundsicherungsgeldes zu sprechen.

In der Diskussion möchtest du einen Austausch zu folgenden Aspekten anregen:

- ◆ Regelsätze des Grundsicherungsgeldes – (un)angemessen?
- ◆ Sind die Sanktionen sinnvoll?
- ◆ Zum Vermittlungsvorrang: Müssen Arbeitslose jeden zumutbaren Job sofort annehmen, statt sich weiterzubilden – und gehen dabei Potenziale verloren?
- ◆ Setzt das Grundsicherungsgeld ausreichende Arbeitsanreize?
- ◆ Ist das Schonvermögen gerecht geregelt?

Du sorgst dafür, dass alle Gesprächsteilnehmenden in etwa mit gleichen Redeanteilen zu Wort kommen. Bitte sie in einer ersten Runde um kurze Angaben zu ihrer Person und formuliere vorab Gesprächsregeln.

Rollenkarte: Empfängerin / Empfänger von Grundsicherungsgeld

Du nimmst an der Talkshow „**Grundsicherungsgeld – eine faire Reform oder vertane Chance?**“ teil. Du bist enttäuscht über die neuen Regeln. Die Umbenennung und die strengeren Vorschriften wirken für dich wie ein Rückschritt und zeigen, dass man dir nicht vertraut.

In der Diskussion vertrittst du folgende Aspekte:

Du kritisierst, dass in der öffentlichen Debatte erneut ein realitätsfernes Bild vom „Totalverweigerer“ gezeichnet wird und dass der Begriff „Grundsicherungsgeld“ Misstrauen, Kontrolle und bloße Absicherung statt gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung signalisiert.

- ◆ **Regelsatz:** Die Regelsätze reichen deiner Meinung nach nicht für ein würdiges Leben mit sozialer Teilhabe. Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Energie und Mobilität haben Erhöhungen aufgezehrt. Die Forderung, „Arbeit müsse sich wieder lohnen“, empfindest du als zynisch, da das eigentliche Problem niedrige Löhne sind – nicht zu hohe Sozialleistungen.
- ◆ **Mitwirkungspflichten & Sanktionen:** Du kritisierst die 30-Prozent-Sofortkürzung, wenn Mitwirkungspflichten nicht eingehalten werden. Menschen in Krisen oder mit Einschränkungen werden so bestraft statt unterstützt und Angst wird erzeugt statt Motivation.
- ◆ **Vermittlungsvorrang:** Du fühlst dich durch den Vermittlungsvorrang unter Druck gesetzt, jeden Job sofort anzunehmen, auch wenn er nicht zu dir passt. Du befürchtest, dass du dadurch nur in irgendeinen Aushilfsjob gedrängt wirst und am Ende trotzdem wieder auf Grundsicherung angewiesen bist.
- ◆ **Schonvermögen:** Dass die Karenzzeiten fast komplett gestrichen wurden, empfindest du als unfair. Wer Jahrzehnte gearbeitet hat und kurz vor der Rente arbeitslos wird, muss nun sofort seine Ersparnisse aufbrauchen.

Rollenkarte: Ökonomin / Ökonom

Du nimmst an der Talkshow „**Grundsicherungsgeld – eine faire Reform oder vertane Chance?**“ teil. Du vertrittst die Sicht, dass das Grundsicherungsgeld Menschen gleichzeitig unterstützen und motivieren soll, schnell wieder in Arbeit zu kommen. Der Sozialstaat soll nicht nur schützen, sondern auch klare Regeln setzen, damit Menschen eigenverantwortlich handeln. Gleichzeitig findest du, dass die Diskussion um das Bürgergeld teilweise an den Fakten vorbei geführt wird.

In der Diskussion vertrittst du folgende Aspekte:

- ◆ **Regelsatz:** Du hältst die Regelsätze des Grundsicherungsgeldes für angemessen. Sie schaffen einen klaren Unterschied zwischen Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor und Leistungsbeziehenden und sichern den Mindestbedarf. Damit wird deiner Ansicht nach das Prinzip „Fördern und Fordern“ gestützt. Zudem muss die Kostenbelastung für den Sozialstaat im Blick behalten werden.
- ◆ **Vermittlungsvorrang:** Du begrüßt grundsätzlich den Vermittlungsvorrang, weil Menschen so schneller in Arbeit kommen und nicht zu lange auf Grundsicherung angewiesen bleiben. Allerdings bist du gegen einen bedingungslosen Vermittlungsvorrang und wünschst dir mehr Ermessensspielraum für die Jobcenter, um Jobsuchende über Qualifizierungen in nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse bringen zu können.
- ◆ **Sanktionen:** Aus deiner Sicht macht es wenig Sinn, die Sanktionen zu verschärfen. Die meisten Bürgergeld-Empfängerinnen und -empfänger haben gesundheitliche Probleme oder keine Qualifikation. Dann hilft auch die strengste Sanktion nicht dabei, sie in Arbeit zu bringen.
- ◆ **Schonvermögen:** Muss deiner Meinung nach nicht hoch sein. Es soll Anreize für Eigeninitiative schaffen und verhindern, dass Menschen unnötig auf Arbeit verzichten. Ein begrenztes Schonvermögen sorgt dafür, dass finanzielle Eigenverantwortung nicht entfallen kann.

Rollenkarte: Vertreterin / Vertreter eines mittelständischen Unternehmens

Du nimmst an der Talkshow „**Grundsicherungsgeld – eine faire Reform oder vertane Chance?**“ teil. Du vertrittst die Sicht eines mittelständischen Unternehmens, das dringend Arbeitskräfte sucht. Du beobachtest, dass offene Stellen oft schwer zu besetzen sind und kurze Einarbeitungszeiten wichtig sind, um das Unternehmen wettbewerbsfähig zu halten.

In der Diskussion vertrittst du folgende Aspekte:

- ◆ **Regelsatz:** Du findest die Regelsätze angemessen, solange sie den Lebensunterhalt sichern, möchtest aber, dass sie einen Anreiz bieten, schnell wieder Arbeit aufzunehmen.
- ◆ **Vermittlungsvorrang:** Du siehst den Vermittlungsvorrang positiv, weil er sicherstellt, dass Bewerberinnen und Bewerber schneller verfügbar sind und Unternehmen weniger lange auf neue Mitarbeitende warten müssen.
- ◆ **Sanktionen:** Du befürwortest, dass die Schonfrist von 12 Monaten für Sanktionen bei Pflichtverletzungen eingeschränkt oder abgeschafft wird. Wer Leistungen erhält, muss auch Leistungen erbringen – das Prinzip „Fördern und Fordern“ ist für dich zentral.
- ◆ **Schonvermögen:** Du findest ein begrenztes Schonvermögen sinnvoll, weil es Anreize schafft, wieder Arbeit zu suchen, ohne dass Menschen sofort alles verlieren, was sie besitzen.

Rollenkarte: Bürgerin / Bürger

Du nimmst an der Talkshow „**Grundsicherungsgeld – eine faire Reform oder vertane Chance?**“ teil. Dir ist wichtig, dass jemand der arbeitet, mehr Geld hat, als jemand der arbeitslos ist und Sozialleistungen erhält (Lohnabstandsgebot). Gleichzeitig bist du unsicher, ob das neue System wirklich besser ist.

In der Diskussion vertrittst du folgende Aspekte:

- ◆ **Regelsatz:** Aus deiner Sicht scheint der Regelsatz zu niedrig. Er reicht nur für das absolute Minimum zum Leben. Für Extras wie Bildung, Teilhabe am sozialen Leben oder unerwartete Ausgaben bleibt kaum Geld. Du möchtest aber gleichzeitig das Lohnabstandsgebot gewahrt sehen und würdest dir daher eine Anhebung des Mindestlohns wünschen.
- ◆ **Vermittlungsvorrang:** Die Pflicht, jeden Job sofort anzunehmen, findest du unfair. Viele Jobs passen nicht zu den Fähigkeiten, der Lebenssituation oder den langfristigen Perspektiven. Man arbeitet dann nur kurz, wird schnell wieder arbeitslos und ist am Ende wieder auf Grundsicherung angewiesen.
- ◆ **Sanktionen:** Sanktionen sind aus deiner Sicht wichtig, sie sollen aber nicht dazu führen, dass insbesondere Kinder in prekäre Lebensverhältnisse geraten.
- ◆ **Schonvermögen:** Das Schonvermögen soll vor allem die Lebensleistung gerade älterer Menschen schützen. Wer im Alter seinen Job verliert, findet nur schwer eine neue Beschäftigung und soll dafür nicht bestraft werden. Du begrüßt daher eine Staffelung nach Alter.

Rollenkarte: Vertreterin / Vertreter eines Wohlfahrtsverbands

Du nimmst an der Talkshow „**Grundsicherungsgeld – eine faire Reform oder vertane Chance?**“ teil. Du vertrittst die Sicht eines Wohlfahrtsverbands, der Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützt. Dessen Ziel ist es, dass Grundsicherung ein Leben in Würde sichert und gleichzeitig Möglichkeiten für Arbeit, Ausbildung oder Weiterbildung eröffnet.

In der Diskussion vertrittst du folgende Aspekte:

- ◆ **Regelsatz:** Die Leistungen müssen den Lebensunterhalt sichern und soziale Teilhabe ermöglichen. Zu niedrige Regelsätze, die nicht an die Inflation angepasst werden, verstärken Armut und Ausgrenzung.
- ◆ **Vermittlungsvorrang:** Du hältst zu starkem Druck, jeden Job sofort anzunehmen, für problematisch. Menschen sollen nur passende Arbeit aufnehmen, sonst drohen kurze Beschäftigungen und Rückkehr in die Grundsicherung.
- ◆ **Sanktionen:** Strenge Kürzungen belasten Betroffene zusätzlich. Individuelle Lösungen und Unterstützung sind wirksamer als harte Sanktionen. Die Motivation eine Beschäftigung aufzunehmen, gelingt besser durch Beratung und Förderung.
- ◆ **Schonvermögen:** Ein ausreichendes Schonvermögen ist wichtig, damit Menschen nicht alles verlieren und in Notlagen abgesichert bleiben.



Digitale Methode: Spinnennetz

Wie bewertest du die angezeigten Aussagen? Nutze dein digitales Endgerät und beziehe Stellung zu den Aussagen, die dir angezeigt werden. Stimmst du zu oder eher nicht? Das Ergebnis der Klasse wird direkt auf der Leinwand angezeigt.

Aufgabe

6

a) Lies die Informationen in M5. Welche Konflikte entstehen durch die Neuerungen der Grundsicherung und wie wirken sich diese konkret auf die Betroffenen aus?



b) Ihr nehmt an einer Talkshow zum Thema „Ist das Grundsicherungsgeld eine faire Reform oder vertane Chance?“ teil. Verteilt in der Klasse die Rollen und bereitet euch mithilfe der Materialien (M6) vor. Führt im Anschluss die Diskussion durch. Die Zuschauerinnen und Zuschauer notieren sich die für sie überzeugendsten Argumente stichpunktartig.

c) Wie stehst du zu den Neuerungen der Reform? Nutze die digitale Methode Spinnennetz, um eine Bewertung abzugeben.

M7

Reflexive Bildanalyse



Reflexive Bildanalyse – Kurz erklärt

Eine Methode, bei der Bilder nicht nur beschrieben, sondern auch hinsichtlich ihrer Wirkung, Absicht und der eigenen Wahrnehmung reflektiert werden. Das Ziel ist eine kritische Auseinandersetzung mit Bildern und deren Botschaften sowie Wirkungsweisen.

Aufgabe

7

Wähle ein Bild oder eine Illustration zum Grundsicherungsgeld.

a) Beschreibe, was zu sehen ist.

b) Analysiere, welche Stimmung das Bild erzeugt und welche Absicht dahinterstehen könnte.

c) Reflektiere, wie das Bild auf dich wirkt und welche eigenen Erfahrungen oder Rollen aus der Talkshow (z. B. Bürgerin/Bürger, Politikerin/Politiker, Sozialberaterin/Sozialberater) deine Wahrnehmung beeinflussen.

Orientierung für den Umfang: 8–10 Sätze.

Tipp: Denke zurück an die Diskussionen im Unterricht: Welche Argumente für oder gegen die Reform wirken im Bild besonders stark?